

dbb informiert

als Spitzenorganisation der
Fachgewerkschaften im öffentlichen Dienst



Ausgabe vom 25. Oktober 2017

Themen dieser Ausgabe

- Jahressonderzahlung: Kriegt die Landesregierung die Kurve? Seite 2
- Neue Homepage des dbb schleswig-holstein Seite 3
- Parlamentarischer Abend des dbb sh: Hochkarätige Gäste diskutieren über die Zukunft des öffentlichen Dienstes Seite 5
- Bewegung bei den Entgeltordnungen für Land und Kommunen Seite 7
- Landtagsdebatte zur Beihilfe Seite 8
- Seniorenhauptversammlung des dbb sh Seite 9
- Jetzt für Nachwuchspersonalräte sorgen Seite 10
- Vorstandswahlen bei VAB und VDR Seite 11
- Wir über uns / Kontakt Seite 12



Landesregierung gut „gebrieft“

Der dbb sh hat die ersten 100 Tage in der Amtszeit der neuen Landesregierung genutzt, wichtige Forderungen und Positionen im Interesse eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes zu kommunizieren. Gegenüber Ministerpräsident Daniel Günther und weiteren Kabinettsmitgliedern wurde ein Attraktivitätszuwachs für den gesamten öffentlichen Dienst gefordert.

Impressum

Herausgeber: dbb schleswig-holstein - Muhliusstr. 65, 24103 Kiel,
Telefon: 0431/675081, Internet: www.dbbsh.de, E-Mail: info@dbbsh.de

Redaktion/ViSdP: Kai Tellkamp

Fotos: eigene Bilder, Thomas Nommensen

Jahressonderzahlung – kriegt die Landesregierung die Kurve?

Die Erwartungen der Beschäftigten sind klar. Die Argumente des dbb sh sind überzeugend. Die Haushaltslage ist wieder positiv. Jetzt fehlt nur noch eine endgültige politische Entscheidung.

Nach einer 10-jährigen Durststrecke beim „Weihnachtsgeld“ gibt es die Chance, endlich wieder einen Schritt in die richtige Richtung zu machen.

Die Signale stimmen optimistisch: vor allem hat Ministerpräsident Daniel Günther beim parlamentarischen Abend des dbb sh und des Richterverbandes am 7. September in seiner Ansprache gegenüber hochrangigen Vertretern der Verwaltung und der Justiz, Repräsentanten der Fachgewerkschaften sowie Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Parteien erkennen lassen, dass er es sich gut vorstellen könne, über das Weihnachtsgeld im positiven Sinne nachzudenken.



Der Ministerpräsident signalisiert gegenüber dem dbb sh und seinen Fachgewerkschaften Bewegung beim „Weihnachtsgeld“

Damit korrespondierend ist auch bei den Gesprächen des dbb sh mit weiteren Regierungsmitgliedern Verständnis und Sympathie für das Anlie-

gen der fast 50.000 Landes- und Kommunalbeamten in Schleswig-Holstein zu verzeichnen. Nicht zuletzt bestätigt der Koalitionsvertrag „die Notwendigkeit, die Gehalts- und Besoldungsstruktur zu überarbeiten, um ausreichend Fachkräfte für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen“. Aber bereits im Frühjahr auf der Aktion des dbb sh im Rahmen der Einkommensrunde 2017 haben anwesende Politiker (auch der damaligen Opposition und heutigen Regierungsmehrheit) den Demonstranten angekündigt, das Thema „Weihnachtsgeld“ nicht länger auszublenden.

Handlungswillige und –fähige Landesregierung?

Jetzt stehen die Haushaltsberatungen an und dabei wird sich zeigen, ob wir eine handlungswillige und –fähige Landesregierung haben oder ob die Politik für den öffentlichen Dienst einseitig durch die haushaltspolitische Brille betrachtet wird.

Klar ist: wenn jetzt nicht die Weichen für einen dauerhaft handlungsfähigen öffentlichen Dienst gestellt werden, dann werden wir zwei Probleme bekommen: erstens würden eine Korrektur und ein erforderlicher Attraktivitätszuwachs zu einem späteren Zeitpunkt deutlich schwieriger werden. Und zweitens würde der politische Umgang mit Werten wie Vertrauen und Fairness einen nachhaltigen Schaden anrichten. Nicht nur bei der Gewinnung von Nachwuchskräften. Sondern auch bei der Motivation der vorhandenen Kräfte, deren Identifikation mit ihrem

Dienstherrn und ihren Aufgaben erheblich beeinträchtigt würde, da das Verhältnis von Treuepflicht und Fürsorgepflicht zunehmend aus den Fugen gerät.

Spielraum in Haushaltseckwerten?

Zwischenzeitlich hat die Landesregierung Eckwerte für den Haushalt 2018 veröffentlicht. Danach sollen die Einnahmen gegenüber 2017 um 438 Millionen Euro (3,8 Prozent) auf 11.853 Millionen Euro steigen. Die Ausgabensteigerung liegt mit 426 Millionen Euro (3,7 Prozent) auf 11.806 Millionen Euro

knapp darunter. Für Personalausgaben sind rund 4,3 Milliarden Euro vorgesehen, die bis zum Jahr 2022 auf rund 4,9 Milliarden Euro ansteigen sollen. Eine Aufstockung des Weihnachtsgeldes ist dort zwar nicht explizit genannt. Doch die Zahlen deuten auf Spielräume hin, für die eine gute Finanzministerin stets Sorge trägt. Und im Falle eines Falles muss ein guter Ministerpräsident von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen.

In diesem Sinne werden wir schon bald wissen, ob wir eine gute Landesregierung haben.

Neue Homepage des dbb sh: Service steht im Mittelpunkt



dbb
beamtenbund
und tarifunion
schleswig - holstein

[Kontakt](#) [Impressum](#)



[Über uns](#)

[Service & Leistungen](#)

[Mitglied werden](#)

[Personalvertretungen](#)

[Archiv](#)



Nach einer intensiven Phase der Vorarbeit ist die neue Homepage des dbb sh online. Geboten werden nicht nur aktuelle Nachrichten über unsere Aktivitäten und neue Entwicklungen

auf Landes- und Bundesebene. Ein zusätzlicher Schwerpunkt wird auf einen optimierten Service gelegt: So sind alle relevanten Rechtsquellen – Gesetze, Tarifverträge und sogenannte

„59'er-Vereinbarungen“ direkt abrufbar. Auch stets aktuelle Einkommenstabellen einschließlich einer Übersicht zum „Weihnachtsgeld“

und sämtliche Ausgaben unseres Informationsdienstes „dbb inform“ sind dort hinterlegt.

Beispiel Rettungsdienst: 18.10.2017
Welche Aufgaben gehören in den öffentlichen Dienst?



Der dbb sh fordert Klarheit, welche Aufgaben innerhalb des öffentlichen Dienstes angesiedelt sein müssen. Dass eine solche Debatte erforderlich ist, wird beispielhaft an der vorgesehenen Änderung des Schleswig-Holsteinischen Rettungsdienstgesetzes deutlich. dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp: "Wenn es um Sicherheit und Gesundheit geht, dürfen..."

[Weiter](#)

Nach 100-Tage-Frist: 10.10.2017
Landesregierung geht gut "gebrieff" in die weitere Arbeit



Der dbb hat die ersten 100 Tage in der Amtszeit der neuen Landesregierung genutzt, wichtige Forderungen und Positionen im Interesse eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes zu kommunizieren. Gespräche wurden unter anderem geführt mit dem Ministerpräsidenten Daniel Günther, Wirtschaftsminister Dr. Bernd Buchholz nebst Staatssekretär DR. Thilo...

[Weiter](#)

JAV-Wahlen: 10.10.2017
Jetzt für Nachwuchspersonalräte sorgen



In der Zeit von Oktober bis November finden in Schleswig-Holstein die Wahlen zu den Jugend- und Ausbildungsververtretungen (JAV) statt. Jetzt gilt es, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden und dann die gewählten Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Der dbb sh hält Informationen und Qualifizierungsangebote bereit.

[Weiter](#)

News der dbb Bundesorganisation



„Die Unverzichtbaren“: dbb startet 4. Staffel

Zuwachs für die dbb-Nachwuchskampagne „DIE UNVERZICHTBAREN“: Ab dem 23. Oktober 2017 werden 514...



Bildung contra Jugendarbeitslosigkeit

Berufliche Bildung ist ein wichtiger Schlüssel im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa...



dbb erwartet Bestätigung des Streikverbots für Beamte

„Wir erwarten eine Bestätigung des Streikverbots für Beamte durch das Bundesverfassungsgericht...“

dbb sh Gruppenvertretungen

Landesjugendvertretung

Landesfrauenvertretung

Landesseniorenvertretung

Mitgliederservice

- ➔ Einkommenstabellen
- ➔ Seminare
- ➔ Rechtsquellen

Mitgliedschaft: Wo eigentlich?



forsa-Bürgerbefragung 2017



Lexikon



Zahlen Daten Fakten



Natürlich bietet unsere Homepage auch einen Einblick in unser Seminarprogramm nebst Anmelde-möglichkeit. Neu sind Servicelinks, die Zugang zum Beispiel zu Institutionen

der Politik, der Arbeitgeber und der Justiz ermöglichen. Darüber hinaus werden spezielle Informationen für Personalvertretungen geboten, die in Kürze noch ausgeweitet werden.

Themenbezogene Info-Boxen auf den jeweiligen Seiten bieten weitere Informations-möglichkeiten.

Bereits von der Startseite ausgehend kann auf unsere Gruppenvertretungen – Jugend, Frauen und Senioren zugegriffen werden. Dort werden nicht nur die Gremien vorgestellt, sondern auch spezifische News bereitgehalten.

Um Interessenten zur passenden Fachgewerkschaft zu führen, gehen wir einen neuen Weg: Unter „Mitglied werden – wo eigentlich?“ kann der jeweilige Arbeitsbereich angeklickt werden, dann werden die in Frage

kommenden Gewerkschaften nebst Kontaktmöglichkeiten angezeigt.

Informieren und verbreiten

Wir hoffen, dass sich unsere Homepage als beliebte Informationsquelle für den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein etabliert. Zudem freuen wir uns, wenn die speziell eingerichtete Möglichkeit genutzt wird, einzelne Artikel auf facebook zu teilen, auf twitter weiterzusagen oder per E-Mail weiterzusenden. Selbstverständlich kann auch ein Link auf unsere Seite gesetzt werden.

Parlamentarischer Abend des dbb sh: Hochkarätige Gäste diskutieren über die Zukunft des öffentlichen Dienstes

Der Ministerpräsident, der Innenminister, die Justizministerin sowie alle Landtagsfraktionen waren beim parlamentarischen Abend des dbb sh und des Richterverbandes vertreten. Vor Ort waren weitere Gäste aus Politik und öffentlichen Institutionen und natürlich viele Repräsentanten der Gewerkschaften und Verbände sowie der Justiz. Mit Thomas Eigenthaler, Astrid Hollmann und Uli Silberbach waren gleich drei Mitglieder der dbb Bundesleitung anwesend. Das Thema war auch brandaktuell: Wie will die neue Landesregierung einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst sicherstellen?

Sicher nicht, indem alles bleibt wie es ist: Zu Beginn der Veranstaltung am 7. September machte dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp

deutlich, woran es hapert: Bislang fehle ein Signal für den öffentlichen Dienst insgesamt, welches Verantwortungsbewusstsein für funktionsfähige Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen erkennen lässt.



Der parlamentarische Abend des dbb sh und des Richterverbandes war gut und hochkarätig besucht

Überfällig seien zum Beispiel Korrekturen beim Weihnachtsgeld und bei der Arbeitszeit, wo vor über 10 Jahren bei den Beamten empfindliche

Eingriffe vorgenommen wurden. Die entstandene Lage stehe symbolhaft für die aktuelle Situation im öffentlichen Dienst sowohl bei Beamten als auch bei Tarifbeschäftigten: extrem hohe Belastung und schwächelnde Bezahlung. Korrekturbedarf bestünde zum Beispiel auch bei der Befristungspraxis oder bei den Verwaltungsstrukturen.

Ministerpräsident Daniel Günther reagierte direkt im Anschluss. Er wies darauf hin, dass in der Regierungskoalition abgestimmt werden soll, wie der haushaltspolitische Kurs aussehen soll. Der Koalitionsvertrag gebe einige Schwerpunkte vor. Auch der öffentliche Dienst sei Thema, die Details werden noch festgelegt. In Anbetracht der gewerkschaftlichen Positionen kann sich Günther eine gewisse Bewegung beim Weihnachtsgeld vorstellen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sei derzeit allerdings problematisch, weil das die Personalnot noch ausweiten würde. Man könne jedoch über weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten nachdenken.



Führte durch den Abend: Moderator Gerrit Derkowski

Ministerien als „Selbstbedienungsladen“?

Unter der Moderation von NDR-Moderator Gerrit Derkowski stellten sich Tobias Koch (CDU), Beate Raudies (SPD), Andreas Tietze (Grüne), Lars Harms (SSW), Christopher Vogt (FDP) und Claus Schaffer (AfD) den Fragen zum öffentlichen Dienst, in die auch das Publikum einbezogen wurde. Sowohl die regierungstragenden als auch die oppositionellen Fraktionen ließen erkennen, dass ihnen viel an einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst liegt.



Für die Landtagsfraktionen diskutierten Tobias Koch (CDU), Beate Raudies (SPD), Andreas Tietze (Grüne), Lars Harms (SSW), Christopher Vogt (FDP) und Claus Schaffer (AfD)

Fast für einen Eklat sorgte eine offenbar eingeschleuste These, nach der in Ministerien automatisch und nahezu grenzenlos Beförderungen möglich seien. Die Brisanz dieses Themas war an der gemischten Reaktion im Publikum erkennbar: Zu vernehmen waren Raunen, Kopfschütteln und Applaus. Die anwesende Politik bestritt die gewagte These.

Wir haben in der Folge nachgehakt: Gemeint war offenbar eine Kritik an der Ausnahme der obersten Landesbehörden von der Stellenober-

grenzenverordnung sowie an nicht vorhandenen Stellenbewertungen.

Hierzu die Position des dbb sh: Die Stellenobergrenzenverordnung wird in ihrer derzeitigen Form als nicht mehr zeitgemäß angesehen und sollte auch im nachgeordneten Bereich keine Grundlage liefern, sachgerechte Beförderungen zu verhindern. Zudem ist das Thema Stellenbewertungen aktuell Gegenstand von Gesprächen mit der Staatskanzlei. Für den dbb sh sind sachgerechte und ausreichende Beförderungsmöglichkeiten ein wichtiges Element, um Leistungen zu honorieren und Motivation zu fördern. Das gilt selbstverständlich für die

gesamte Landes- und Kommunalverwaltung.

Quiz sorgte für Auflockerung

Eine deutlich entspanntere Atmosphäre herrschte, als sich Moderator Gerrit Derkowski als Quizmaster betätigte und die Fraktionsvertreter zu seinen Kandidaten machte: Diese mussten Auszüge aus den Wahlprogrammen den richtigen Parteien zuordnen. Am besten haben sich SSW-Mann Lars Harms sowie Christopher Vogt (FDP) geschlagen. Insgesamt erwies es sich als nicht selbstverständlich, dass man selbst im eigenen Parteiprogramm sattelfest ist. Politik ist eben eine komplexe Materie...

Bewegung bei den Entgeltordnungen für Land und Kommunen

Die Entgeltordnung regelt als Bestandteil der Tarifverträge TVöD und TV-L die Eingruppierung der Tarifbeschäftigten. Von ihr hängt also maßgeblich ab, welche Entgeltgruppen den einzelnen Stellen zugeordnet werden.



Für die Länder fußen die Tätigkeitsmerkmale teilweise noch auf veralteten Rahmenbedingungen der Arbeitswelt

Länder: „Nachverhandlungen“ aufgenommen

Nach der Ablösung des BAT durch „moderne“ Tarifverträge waren die Länder zwar am zügigsten, auch beim Eingruppierungsrecht zu reagieren – die Entgeltordnung zum TV-L existiert bereits seit 2012. Doch Schnelligkeit ging vor Attraktivität: die Länder tragen die rote Laterne unter den staatlichen Ebenen. Immerhin hat sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder jetzt bereiterklärt, Verhandlungen über eine Weiterentwicklung der Entgeltordnung aufzunehmen. Vorgeesehen ist, dass Verhandlungsergebnisse in die nächste Einkommensrunde der Länder einfließen. Der dbb wird sich als Tarifvertragspartei aktiv einbringen und um Verbesserungen ringen. Wir

erwarten auch von der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung über die Mitgliedschaft in der TdL ein Bekenntnis zu mehr Attraktivität für Tarifbeschäftigte des Landes.

Kommunen: Antragsfrist läuft ab

Für die Beschäftigten der Kommunen gilt seit Jahresbeginn eine neue Entgeltordnung. Sie sieht zwar für viele Tätigkeiten bessere Entgeltgruppen vor, wirkt sich jedoch bei unverändert ausgeübten Tätigkeiten in der Regel nicht automatisch aus. Erst auf Antrag wird die reguläre Anwendung der neuen Entgeltordnung mit eventuellen Höhergruppierungen ausgelöst, und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2017.

Das Antragserfordernis besteht, um die Beschäftigten vor eventuellen Nachteilen zu schützen. Diese könnten in ungünstigen Stufenzuordnungen, einer geringeren Jahressonderzahlung oder dem Wegfall von Besitzständen nach einer Höhergruppierung liegen.

Der dbb sh hat mit seinen beiden Experten Ludwig Klemm und Kai

Tellkamp in diesem Jahr eine Vielzahl von Seminaren und Inhouse-Schulungen durchgeführt, um Beschäftigte, Personalräte und Personalverantwortliche über die komplexe Materie zu informieren.



In Sachen Entgeltordnung in der Bundestarifkommission und für Fortbildung unterwegs: Ludwig Klemm und Kai Tellkamp vom dbb Landesvorstand

An dieser Stelle möchten wir nochmals darauf hinweisen, dass die Antragsfrist für die Anwendung der neuen Entgeltordnung zum Jahresende ausläuft. Betroffene sollten sich also zügig informieren und gegebenenfalls Anträge stellen.

Landtagsdebatte zur Beihilfe

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich in seiner 4. Sitzung der noch jungen Legislaturperiode mit der Beihilfe befasst. Anlass war ein Antrag der SPD, den Beamtinnen und Beamten eine Wahlfreiheit zwischen den Krankensicherungssystemen Beihilfe/PKV und GKV zu ermöglichen. Der dbb sh hatte aufgrund der Pate stehenden Initiative aus Hamburg vorsorglich

Gespräche mit Ministerpräsidenten Daniel Günther und Gesundheitsminister Dr. Heiner Garg genutzt, um Position zu beziehen. Dabei haben wir vor der Erosion eines etablierten Systems gewarnt, ohne ein belastbar besseres System vorzuhalten.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der dbb sh den Trend aus der

Landtagsdebatte: Schnellschüsse sind nicht zu erwarten. Der Antrag wurde von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Selbst Finanzministerin Monika Heinold ließ verfassungsrechtliche Bedenken erkennen. Vorgesehen sind weitere Gespräche zwischen Gewerkschaften und Politik. Dabei werden wir weiter zu

unserer Position stehen: Die Beihilfe ist Bestandteil des Berufsbeamtentums. Sie ist - wie auch die GKV - stets weiterzuentwickeln, um die Leistungsfähigkeit und die soziale Gerechtigkeit innerhalb der Systeme zu gewährleisten.

Seniorenhauptversammlung des dbb sh: Infos zur Beihilfe und Nachwahl

Auch bei der diesjährigen Seniorenhauptversammlung des dbb sh in Nortorf stand das Thema Beihilfe im Mittelpunkt. Vorsitzender Udo Rust hatte dazu Kerstin Selchow von der Versorgungsausgleichkasse (VAK) Schleswig-Holstein eingeladen. Zu den konkreten Tipps an die Gewerkschaftsvertreter zählte das Vorhalten einer Vollmacht insbesondere älterer Beihilferechtigter, um im Falle eines Falles die Leistungsgewährung sicherzustellen.



Der Vorsitzende der dbb Landesseniorenvertretung Udo Rust konnte Kerstin Selchow von der VAK begrüßen

Denn die Ehepartner beziehungsweise Hinterbliebenen sind häufig nicht mit den Abläufen in Beihilfeangelegenheiten vertraut. Deshalb sollten Vertrauenspersonen entspre-

chend bevollmächtigt werden. Häufig geht es um viel Geld, das zeitnah über die Beihilfe geltend gemacht werden sollte. Entsprechende Vordrucke für Vollmachten werden bei der VAK, aber auch beim DLZP vorgehalten. In diesem Zusammenhang haben die Seniorenvertreter moniert, dass die Informationen der VAK und des DLZP unterschiedlich und insbesondere beim DLZP zu kompliziert seien. Kirsten Selchow sagte zu, einen Abstimmungsprozess anzuregen.

Informationen und Seniorenwegweiser

Gegenstand der Seniorenhauptversammlung des dbb sh waren außerdem Informationen und Diskussionen über die gewerkschaftliche Seniorenarbeit. Sehr produktiv ist nach den Ausführungen von Udo Rust die Zusammenarbeit mit der Bundesebene und die Beteiligung an entsprechenden Fachtagungen. Zudem fand kürzlich unter Beteiligung des dbb sh das "Altenparlament" statt, bei dem im Plenarsaal des Landtags Seniorenangelegenheiten debattiert werden, die in konkreten Vorschlägen an die Politik münden.

Der dbb Landesbundvorsitzende Kai Tellkamp informierte über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit und die Einbeziehung der Senioren(-Themen). Dazu gehört die Anpassung der Altersbezüge ebenso wie die Gestaltung alter(n)s-gerechter Arbeitsbedingungen. Tellkamp schloss mit dem Fazit: Bei uns sind Senioren nicht auf dem Abstellgleis, sondern mitten im Geschehen!

Dazu passt auch der neue Seniorenwegweiser, den der dbb sh herausgegeben und bei der Seniorenhauptversammlung vorgestellt hat. Er beinhaltet hilfreiche Informationen rund um Pensionen, Renten und Vorsorge. Der Seniorenwegweiser steht auf unserer Homepage zum Download bereit.

Ingrid Werner-Langnickel in den Vorstand gewählt

Die Seniorenhauptversammlung des dbb sh hat Ingrid-Werner-Langnickel als stellvertretende Vorsitzende in den Vorstand der Landessenorenvertretung gewählt. Sie folgt Axel Bräuer, der sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung gestellt hat. Ingrid Werner-Langnickel bildet mit dem

Vorsitzenden Udo Rust und dem weiteren Stellvertreter Dietmar Bolze das Vorstandsteam, das im dbb sh die Belange der Seniorinnen und Senioren vertritt.



Neu in der dbb Landessenorenvertretung: Ingrid Werner-Langnickel

Ingrid Werner Langnickel ist die ideale Besetzung für das Gremium: Sie hat als ehemalige Personalratsvorsitzende im Bildungsministerium und ehemalige stellvertretende dbb Landesvorsitzende langjährige Erfahrungen in der Landesverwaltung, der Personalratsarbeit und auch in der Gewerkschaftsarbeit.

Die Seniorenhauptversammlung dankte Axel Bräuer für sein langjähriges Engagement in der dbb Seniorenarbeit.

Jetzt für „Nachwuchspersonalräte“ sorgen!

In der Zeit von Oktober bis November finden in Schleswig-Holstein die Wahlen zu den Jugend- und Ausbildungsververtretungen (JAV) nach dem Mitbestimmungsgesetz statt. Jetzt gilt es, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden und dann die gewählten Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Der dbb sh hält Informationen

und Qualifizierungsangebote bereit. JAVen werden in Dienststellen gebildet, in denen mindestens 5 Auszubildende (einschl. Anwärter) tätig sind. In den meisten Dienststellen läuft die zweijährige Amtszeit der JAV jetzt aus. Aber auch wenn keine JAV existiert, finden die Wahlen im letzten Quartal dieses Jahres statt.

Vorstandswahlen bei VAB und VDR: Fachgewerkschaften bringen sich in Position

Beim Verband der Arbeitnehmer der Bundeswehr (VAB) und dem Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) - beide sind Mitglieder des dbb sh - fanden Vorstandswahlen statt. Beim VAB wurde Karsten Stelk als Vorsitzender für den Bereich I bestätigt, beim BDR wurde Sabine Fohler-John zur neuen Vorsitzenden und Nachfolgerin von Uwe Harm gewählt.

Die Veranstaltungen haben einmal mehr deutlich gemacht: Unter dem Dach des dbb sind sowohl Gewerkschaften, die Beamte vertreten als auch solche, die Tarifbeschäftigte vertreten, gut aufgehoben.

Beim VAB, der in der Probstei tagte, wurden tarifpolitische Herausforderungen diskutiert und bereits Weichenstellungen für die Einkommensrunde 2018 vorgenommen. Auch in Schleswig-Holstein soll dazu beigetragen werden, dass die Tarifrunde für Bund und Kommunen ein Erfolg wird. Es gilt, Anpassungen im TVöD vorzunehmen und natürlich, eine spürbare Einkommensanpassung durchzusetzen - wenn es sein muss, unter Einsatz von Arbeitskampfmaßnahmen. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass es eine Debatte geben wird, inwieweit soziale Komponenten Gegenstand eines Tarifabschlusses sein sollen.

Der BDR tagte in Kiel, wobei an der öffentlichen Veranstaltung auch Justizministerin Dr. Sütterlin-Waack teilgenommen hat. Zu den wichtigsten Forderungen des BDR zählen die Anhebung des Einstiegsamtes sowie attraktive Beförderungsmöglichkeiten. Zudem müsse der Beruf des Rechtspflegers mehr Bekanntheit und Wertschätzung erfahren.



Dbb Landesvorsitzender Kai Tellkamp mit Sabine Fohler-John, die jetzt an der Spitze des VDR steht

dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp war bei beiden Veranstaltungen dabei und hat unter anderem die Bedeutung der Nachwuchsgewinnung sowie die diesbezüglichen Erfordernisse herausgestellt: "Bevor der öffentliche Dienst seine Einkommens- und Arbeitsbedingungen marktgerecht angepasst hat, hat die Privatwirtschaft bereits dreimal reagiert! Politik und Arbeitgeber müssen hier schneller und flexibler werden!"



dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
schleswig-
holstein

Kontakt:

Muhliusstr. 65
24103 Kiel

Telefon: 0431.67 50 81

Fax: 0431.67 50 84

E-Mail: info@dbbsh.de

Web: www.dbbsh.de

Der dbb sh ist...

... die Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften und -verbände des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein. Wir bündeln gemeinsame Interessen unserer Mitgliedsorganisationen, die wir mit der Kraft unserer Solidargemeinschaft vertreten. Bundesweit setzen über 1,2 Millionen Mitglieder auf die Kompetenz des dbb beamtenbund und tarifunion. Das macht uns stark.

Wir setzen uns unter anderem ein für...

- den Erhalt des Berufsbeamtentums und den daneben bestehenden Tarifbereich
- eine faire Bezahlung sowie realistische Aufstiegschancen
- eine aufgabengerechte Personal- und Sachausstattung
- familienfreundliche, gesundheitsbewusste und alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen
- ein positives Image und eine hohe Wertschätzung des öffentlichen Dienstes
- eine sichere und auskömmliche Altersversorgung

Wir können Ziele erreichen und Leistungen erbringen, indem...

- wir uns in beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahren für ein fortschrittliches Beamtenrecht einschließlich Besoldungs- und Versorgungsanpassungen stark machen
- der dbb als anerkannter Tarifpartner im öffentlichen Dienst Tarifverträge durchsetzt
- wir unseren Forderungen durch Aktionen – für Tarifbeschäftigte auch als Streiks mit Streikgeldunterstützung – Nachdruck verleihen
- wir mit guten Argumenten gegenüber der Politik, relevanten Ministerien und Verbänden sowie durch Öffentlichkeitsarbeit für den öffentlichen Dienst eintreten
- wir über aktuelle Entwicklungen und Handlungsempfehlungen kompetent informieren
- wir im Rahmen unseres Rechtsschutzes individuelle Ansprüche prüfen und durchsetzen
- wir ein Seminarprogramm für den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein mit günstigen Konditionen auf die Beine stellen
- wir die Personalräte unterstützen, unter Beachtung ihrer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit
- wir umfangreiche und kostengünstige Vorsorge- und Konsumangebote anbieten

Sie können davon profitieren, wenn...

... sie Mitglied in einer der Fachgewerkschaften oder -verbände des dbb sind oder werden. Nur Mitglieder stärken unsere Durchsetzungsfähigkeit, die Lage der Beschäftigten und damit auch sich selbst. Nur Mitglieder können für sich Verbesserungen und Perspektiven erwarten.

Unsere Mitgliedsgewerkschaften gewährleisten mit ihrer Berufsgruppenorientierung einen hohen Praxisbezug zu niedrigen Beiträgen. Gern beraten wir Sie, welche dbb-Gewerkschaft am besten zu Ihnen passt! Mehr erfahren Sie auch unter www.dbbsh.de!